

Energiestrategie Maßnahmenbewertung Umweltdachverband

Die Maßnahmenbewertung bezieht sich nicht auf das Enddokument der Energiestrategie, sondern stellt eine Bewertung, der im Zuge des WICHTIG! Energiestrategie-Prozesses eingebrachten Maßnahmen dar.

letzte Änderung: 27. Februar 2010

Legende	Bewertung
	positiv
	bedingte Zustimmung/Ablehnung (bzw. abhängig von Umsetzung)
	problematisch
	keine Angabe

Top 5 Die wichtigsten Maßnahmen

ID	Titel	Version	Einreicher	Bewertung
65	Start-Up Programm für Photovoltaik	06.10.2009	Land NÖ, PVA, PV Technologieplattform Österreich, FH Technikum Wien	+
<i>Der Maßnahmenvorschlag beinhaltet die wichtige Forderung, die Deckelung im Ökostrombereich aufzuheben.</i>				
15	Ermittlung des realistischen Wasserkraftpotenzials in Österreich	31.08.2009	UWD	+
<i>Der Masterplan Wasserkraft bezieht sich auf einen Vollausbau der Wasserkraft in Österreich. Laut Masterplan Wasserkraft (Pöryr Studie) sind in Österreich noch 13 TWh Strom (technisch-wirtschaftliches Potential) durch Neubau von Wasserkraftanlagen zu erzielen. Bei den 13 TWh werden nur die Nationalparks und die Wachau ausgenommen. Die vollständige Umsetzung des Masterplans würde zur Zerstörung aller anderen geschützten und wertvollen Flusslebensräume führen. Als Zwischenziel werden 7 TWh bis 2020 genannt, mit dem auch 3,1 Mio. t CO₂ eingespart werden könnten. Bei einem jährlichen Stromverbrauchszuwachs von 1,6 TWh (2,3%) sind diese 7 TWh jedoch in nur 4,5 Jahren wieder aufgefressen. Realistischere Zahlen des BMLFUW sprechen von einem maximalen Potential von 3,5 TWh.</i>				
21	Altbausanierung - Bauordnung und Wohnbauförderung	13.07.2009	IG Passivhaus	+
<i>Der Vorschlag zielt auf die Erhöhung der Standards in der Bauordnung und der Wohnbauförderung ab. Gleichzeitig kann durch bessere Staffelung und progressive Tarifgestaltung eine effizientere Mittelverwendung gewährleistet werden.</i>				
13	Weiterentwicklung des ÖSG	17.07.2009	BMLFUW	+
<i>Das Ökostromgesetz ist eine der Dauerbaustellen der österreichischen Energiepolitik. Für ein funktionierendes ÖSG braucht es aber nur ein paar einfache Schritte: Einspeisetarife auf Europeaniveau, ausreichend lange Tarifaufzeiten und die Aufhebung des Förderdeckels.</i>				
4	Kohlendioxidsteuer mit Ausgleichsmechanismen	07.10.2009	UWD, ÖSF, ÖBMV, Pro Pellets, Austriasolar	+
<i>Neben ordnungspolitischen Maßnahmen und Förderungen müssen auch fiskalpolitische Maßnahmen getroffen werden, die Einführung einer Kohlendioxidsteuer stellt hierbei eine gute Möglichkeit dar den Non-ETS-Sektor zu besteuern. (wie Maßnahme 2, Arbeitsgruppe 9)Insgesamt sollte eine derartige Reform des Steuersystems aufkommensneutral sein. d.h. Die Mehreinnahmen im Energiesteuerbereich sind insbesondere in soziale Abfederungsmaßnahmen zu reinvestieren.</i>				

Bad 5 Die schlimmsten Maßnahmen

ID	Titel	Version	Einreicher	Bewertung
----	-------	---------	------------	-----------

12	Festlegung von Ökostrom-Förderstarifen für PV, die wirtschaftlichen Betrieb sicherstellen	16.07.2009	VEÖ	-
	<i>Der Vorschlag beinhaltet keinen Fortschritt gegenüber der aktuellen Situation. Die Maßnahme bildet die aktuelle Situation als Wunsch-Situation ab. Im Detail: Die Förderdeckung, das wichtigste Hindernis für den Photovoltaikausbau, soll in etwa in gleicher Höhe beibehalten werden. Die 32 Mio. Euro Fördervolumen auf 15 Jahre verteilt - wie im Vorschlag vorgesehen - ergeben ca. 2,1 Mio Euro Förderdeckel pro Jahr - das ist genau die Höhe des derzeitigen Förderdeckels. Weiters beträgt die Tariffhöhe in etwa die der geplanten Ökostromtarifverordnung 2010. Die Maßnahme spiegelt also lediglich die ungünstige gegenwärtige Situation wider und bedeutet keinen Fortschritt gegenüber dem Status quo. Damit der Photovoltaik-Ausbau an Elan gewinnt, soll der Förderdeckel abgeschafft werden. Deshalb ist der Maßnahme 65 "Start-Up Programm für Photovoltaik" der Vorzug zu geben.</i>			
2	Nutzung des Ausbaupotenzials von 7 TWh bis 2020 und darüber hinaus	08.09.2009	VEÖ	-
	<i>Die Maßnahme ist auf dem Masterplan Wasserkraft aufgebaut. Das Ausbaupotenzial wird darin zu hoch eingeschätzt, auf ökologische Kriterien sowie die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie wird keine Rücksicht genommen.</i>			
32	Strukturierte Vorbereitung des politischen Entscheidungsprozesses zur Beurteilung des Einsatzes von CCS in Österreich	02.10.2009	IV	-
	<i>CCS wird als Klimaschutzmaßnahme - insbesondere in Österreich - abgelehnt. Die Technologie ist teuer, unsicher, nicht ausgereift und vermindert den Wirkungsgrad der Anlagen beträchtlich. Österreich kann innerhalb von 10-15 Jahren zu 100 % mit Ökostrom versorgt werden, Kohlekraftwerke sollen schon bald der Vergangenheit angehören. Damit entfällt die Notwendigkeit in Österreich Jahrhunderte oder Jahrtausende CO2 einzulagern. Staatliche Förderungen für CCS sollen deshalb nicht gewährt werden, Importe von CO2 zur Einlagerung werden abgelehnt. Stattdessen soll ein Ausstiegsplan aus Kohlekraftwerken erarbeitet werden.</i>			
9	Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen zur Beschleunigung und Erleichterung von Infrastrukturvorhaben	20.07.2009	WKÖ	-
	<i>Die Aushöhlung der UVP, zB durch die Festlegung von öffentlichem Interesse an der Energieversorgung, wird vom Umweltdachverband strikt abgelehnt. Zu diesem Thema hat der Umweltdachverband umfangreiche Stellungnahmen ausgearbeitet, auf die an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden kann.</i>			
10+11	Domestic Offset Projects	31.08.2009	AK, WKÖ	-
	<i>Der Umweltdachverband lehnt DOPs (Domestic Offset Projects) als Klimaschutzmaßnahme ab. Der AK-Vorschlag und der WKÖ-Vorschlag unterscheiden sich jedoch: Der AK-Vorschlag führt zu einer Verwässerung des ETS-Systems und hohen Kosten für die öffentliche Hand, der WKÖ-Vorschlag zielt zwar nicht auf den ETS-Sektor ab, führt aber zu einer hohen Kostenbelastung für den Staat: Im WKÖ-Vorschlag soll der Staat für CO2-Reduktionen des Gewerbes bezahlen. Mit dem AK-Vorschlag soll es zusätzlich möglich werden Emissionsreduktionen aus dem Non-ETS-Sektor in den ETS-Sektor zu transferieren. Dies ist bereits in der Konzeption widersinnig, da eine klimawirksame Funktionsweise des ETS-Systems nur dann gewährleistet ist, wenn sich der Marktpreis ohne externe Eingriffe bilden kann. Bereits jetzt sind die Möglichkeiten, Emissionsreduktionen außerhalb des Systems anzurechnen, viel zu großzügig gestaltet, um einen CO2-Preis in sinnvoller Höhe zu erhalten. Die Ausdehnung der Anrechnung von Emissionsreduktionen aus dem Non-ETS-Sektors wirkt sich zusätzlich preisdämpfend auf den CO2-Preis aus.</i>			
	<i>Jeder externe Zufluss von (billigeren) Zertifikaten bedeutet aber eine künstliche Verringerung des CO2-Preises und steht im Widerspruch zur Marktlogik, mit der das ETS-System begründet wurde. Weiters ist darauf hinzuweisen, dass der Non-ETS-Sektor der Industrie in Österreich die höchste Kyoto-Zielverfehlung aufweist. Es ist demnach höchst zweifelhaft, ob von dieser Seite überschießende Emissionsreduktionen zu erwarten sind. Sollten jedoch tatsächlich höhere Emissionsreduktionen in einem Sektor erzielt werden, dürfen diese nicht automatisch von einem anderen Sektor "aufgefressen" werden. Die Klimaprognosen zeigen eindrucksvoll, dass die Gefahr nicht davon ausgeht, zu viel zu reduzieren.</i>			

AG 1 Erneuerbare Energien	
--	--

ID	Titel	Version	Einreicher	Bewertung
25	Mobilisierung des Potenzials an biogenen Abfällen und Ablauge	17.07.2009	BMLFUW/UBA	+
	<i>Die Nutzung von Abfällen und Ablauge als Energieträger kann einen ergänzenden Beitrag zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien leisten und wird daher befürwortet.</i>			
30	Holzmobilisierung	24.09.2009	BMLFUW (LWK-Ö, FW)	+/-
	<i>Die Ausweitung der Holznutzung durch verstärkte Nutzung des Holzzuwachses ist positiv anzusehen. Die Effizienzsteigerungsmaßnahmen (höherer Flächenenertrag, höhere Energiedichte pro ha.) sind jedoch unter Berücksichtigung des Naturschutzes gesondert zu bewerten.</i>			
31	Landwirtschaftliche Biomassemobilisierung	28.09.2009	BMLFUW (LKÖ u. BMV)	+/-
	<i>Die landwirtschaftliche Biomassennutzung ist positiv anzusehen und notwendig. Allerdings ist insbesondere die Förderung von Kurzumtriebswäldern auch aus naturschutzfachlicher Sicht zu bewerten</i>			

59	Bevorratungspflicht für Pellets	31.08.2009	proPellets Austria	+
<i>Die Bevorratungspflicht für Pellets wird positiv gesehen, da damit ein Beitrag zur Preisstabilität geleistet werden kann und damit ein zusätzlicher Anreiz gegeben wird von Öl- und Gasheizungen auf erneuerbare Energieträger umzusteigen.</i>				
9	Erarbeitung eines Konzeptes zur optimalen Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen in Österreich im Sinne der Stürzung aller ressourcenabhängigen Wirtschaftssektoren	16.07.2009	VEÖ	
22	Erneuerbare Nah- und Fernwärmeversorgung mit Biomasse und Solarwärme	28.09.2009	LKÖ, ÖBMV, BMLFUW, Land NÖ, Austria Solar	+
<i>Der Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen, die mit erneuerbaren Energieträgern bedient werden, wird als sinnvolle Maßnahme angesehen, die wirtschaftliche Effizienz und den Ausbau erneuerbarer Energieträger in Einklang bringt.</i>				
65	Start-Up Programm für Photovoltaik	06.10.2009	Land NÖ, PVA, PV Technologieplattform Österreich, FH Technikum Wien	+
<i>Der Maßnahmenvorschlag beinhaltet die wichtige Forderung, die Deckelung im Ökostrombereich aufzuheben.</i>				
12	Festlegung von Ökostrom-Fördertarifen für PV, die wirtschaftlichen Betrieb sicherstellen	16.07.2009	VEÖ	-
<i>Der Vorschlag beinhaltet keinen Fortschritt gegenüber der aktuellen Situation. Die Maßnahme bildet die aktuelle Situation als Wunsch-Situation ab. Im Detail: Die Förderdeckelung, das wichtigste Hindernis für den Photovoltaikausbau, soll in etwa in gleicher Höhe beibehalten werden. Die 32 Mio. Euro Fördervolumen auf 15 Jahre verteilt - wie im Vorschlag vorgesehen - ergeben ca. 2,1 Mio Euro Förderdeckel pro Jahr - das ist genau die Höhe des derzeitigen Förderdeckels. Weiters beträgt die Tariffhöhe in etwa die der geplanten Ökostromtarifverordnung 2010. Die Maßnahme spiegelt also lediglich die ungünstige gegenwärtige Situation wider und bedeutet keinen Fortschritt gegenüber dem Status quo. Damit der Photovoltaik-Ausbau an Elan gewinnt, soll der Förderdeckel abgeschafft werden. Deshalb ist der Maßnahme 65 "Start-Up Programm für Photovoltaik" der Vorzug zu geben.</i>				
6	Ausbau der Nutzung der Windkraft	10.07.2009	VEÖ, IG Windkraft, NÖ-LR	+
<i>Für den Ausbau der Windkraft in Österreich werden kostendeckende Tarife gefordert. Diese liegen bei 9,8 c/kWh. Diese Forderung wurde mit der neuen Ökostrom-Tarifverordnung für 2010 weitgehend erfüllt. Eine strategische Planung, welche auch Natur- und Landschaftsschutzaspekte entsprechend berücksichtigt, ist die Voraussetzung.</i>				
35	Cluster: Biomasseverstromung (Maßnahmen 16, 33, 35)	31.08.2009	VEÖ, LKÖ, FWG	+
<i>Für die Steigerung des erneuerbaren Stromanteils durch Biomasseverstromung müssen die Einspeisebedingungen verbessert werden, dies erfordert vor allem kostendeckende Einspeisetarife. In der neuen Ökostromtarifverordnung 2010 ist dies nicht gegeben.</i>				
26	Weiterentwicklung des Ökostromgesetzes	17.07.2009	BMLFUW Jank	+
<i>siehe AG 9</i>				
63	Neues Ökostromgesetz für alle erneuerbaren Technologien	31.08.2009	VEÖ	-
<i>Dieser Vorschlag wurde an die AG9 verwiesen. Die ökonomische Priorisierung der Energieträger wird abgelehnt, da dies Wasserkraft bevorzugen und Zukunftstechnologien wie die PV benachteiligen würde. Alle erneuerbaren Energieträger sollen im Sinne des Klimaschutzes ausgebaut werden.</i>				
64	Fördersystem für erneuerbare Energien, in dem die Fördermittel entsprechend der ökonomischen Priorisierung gelenkt werden	31.08.2009	VEÖ	-
<i>Dieser Vorschlag wurde an die AG9 verwiesen, siehe Maßnahme 63</i>				
27	Förderung der Produktion von Biogas sowie der Aufbereitung von Biogas auf Erdgasqualität mit anschließender Einspeisung ins Erdgasnetz	16.07.2009	BMWFJ, FGW, Land NÖ, OMV, WKO, VEÖ	+
<i>Biogasanlagen können vor allem im ländlichen Raum einen wesentlichen Beitrag zu einer dezentralen Energieversorgung leisten. Dafür soll es kostendeckende Einspeisetarife geben. Derzeit liegen die Tarife in der Ökostromtarifverordnung 2010 etwa 50 % unter den Tarifen in den Nachbarländern.</i>				

AG 2	Wasserkraft			
ID	Titel	Version	Einreicher	Bewertung
17	Kriterienkatalog	16.09.2009		+/-

	<i>Der Zweck ist der Schutz ökologisch wertvoller Gewässerstrecken unter Nutzung der Wasserkraft: Für die Lösung dieses Zielkonflikts sind eine sofortige Erstellung einer verbindlichen, bundesweiten Kriterienliste und eine planliche Ausweisung ökologisch sensibler Gewässerabschnitte österreichweit notwendig. Das muss die Basis für jede weitere Diskussion über den Ausbau der Wasserkraft bilden. Darüber hinaus muss auch ein Moratorium für Kraftwerksprojekte bis zum Inkrafttreten dieser Kriterienliste verhängt werden.</i>			
10	Regionsspezifische Planungen der Länder unter Anwendung bundesweit abgestimmter ökologischer Kriterien	20.07.2009	BMLFUW	+
6	Ermittlung des ökologisch verträglichen Wasserkraftpotenzials	20.07.2009	WWF	+
15	Ermittlung des realistischen Wasserkraftpotenzials in Österreich	31.08.2009	UWD	+
	<i>Der Masterplan Wasserkraft bezieht sich auf einen Vollausbau der Wasserkraft in Österreich. Laut Masterplan Wasserkraft (Pöyry Studie) sind in Österreich noch 13 TWh Strom (technisch-wirtschaftliches Potential) durch Neubau von Wasserkraftanlagen zu erzielen. Bei den 13 TWh werden nur die Nationalparks und die Wachau ausgenommen. Die vollständige Umsetzung des Masterplans würde zur Zerstörung aller anderen geschützten und wertvollen Flusslebensräume führen. Als Zwischenziel werden 7 TWh bis 2020 genannt, mit dem auch 3,1 Mio. t CO₂ eingespart werden könnten. Bei einem jährlichen Stromverbrauchszuwachs von 1,6 TWh (2,3%) sind diese 7 TWh jedoch in nur 4,5 Jahren wieder aufgefressen. Realistischere Zahlen des BMLFUW sprechen von einem maximalen Potential von 3,5 TWh.</i>			
16	Ausweisung von Vorrangzonen am Gewässer	31.08.2009	UWD	+
	<i>Für naturnahe Gewässerstrecken und Gewässerstrecken in Schutzgebieten in Österreich sollen Vorrangzonen ausgewiesen werden, in denen keine Wasserkraftwerke gebaut werden dürfen. Diese Strecken sind bundesweit über einen Kriterienkatalog auszuweisen (vgl. Kommentar zur Maßnahme 17). Außerdem muss im Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan als generelle Anforderung festgehalten werden, dass Belastungen von hydromorphologisch sehr guten Gewässerstrecken nur in einem unerlässlich notwendigen Ausmaß (bei hohem Verhältnis zwischen Energieerzeugung und „Gewässerverbrauch“) erfolgen sollen, sodass die Erzeugung von Energie aus kleinen Kleinkraftwerken (Kraftwerke < 3 MW) grundsätzlich außerhalb dieser Strecken erfolgen soll.</i>			
14	Volkswirtschaftlich optimierte Planung des Wasserkraftausbaus	06.10.2009	AK Lauber	+/-
	<i>Die Durchführung einer Kosten-Nutzen-Analyse ist grundsätzlich positiv, allerdings gibt es bereits eine Abwägung öffentlicher Interessen im Rahmen der UVP, die weder entwertet noch ersetzt werden darf.</i>			
18	Integrierte Planung	21.09.2009	WKÖ (Grassl)	-
	<i>Die Maßnahme ist einseitig darauf ausgerichtet dem Masterplan Wasserkraft umzusetzen, No-Go-Areas, wie vom Umweltdachverband in Maßnahme 16 gefordert, werden abgelehnt.</i>			
2	Nutzung des Ausbaupotenzials von 7 TWh bis 2020 und darüber hinaus	08.09.2009	VEÖ	-
	<i>Die Maßnahme ist auf dem Masterplan Wasserkraft aufgebaut. Das Ausbaupotenzial wird darin zu hoch eingeschätzt, auf ökologische Kriterien wird keine Rücksicht genommen.</i>			
11	Schaffung eines geeigneten Umfelds zur Erhöhung der Energieproduktion aus Kleinwasserkraft durch Neubau von Projekten	20.07.2009	Prechtl (KWK)	+/-
	<i>Der Ausbau der Wasserkraft in Österreich stößt an ökologische Grenzen. Deshalb wird es abgelehnt Genehmigungsverfahren - wie im Vorschlag vorgesehen zu "optimieren", da dies im Klartext eine Beschneidung von Bürgerrechten und eine Aushöhlung des Naturschutzes bedeutet.</i>			
12	Kleinwasserkraft durch Revitalisierung	28.09.2009	WKÖ, VEÖ, Prechtl	+/-
	<i>Eine Revitalisierungsoffensive der Kleinwasserkraft wird grundsätzlich begrüßt. Allerdings soll dadurch keine Beschneidung der BürgerInnenrechte durch vereinfachte Genehmigungsverfahren, wie in der Maßnahme vorgeschlagen, vorgenommen werden. Die WRRL muss streng eingehalten werden.</i>			
8	Periodisches Repowering von großen Wasserkraftanlagen	22.07.2009	WKÖ	-
	<i>wie Maßnahme 12</i>			

AG 3	Konventionelle Erzeugung
-------------	---------------------------------

ID	Titel	Version	Einreicher	Bewertung
33	Steigerung der Energieeffizienz und der Flexibilität in Kraftwerksanlagen	21.09.2009	VEÖ	-

	<i>Diese Maßnahme wird abgelehnt, da im Vorschlag lediglich ein Neubau von Kohle- und Gaskraftwerken vorgesehen, was den Zielen einer zukunftsorientierten Energiestrategie widerspricht. Da die Laufzeit dieser Kraftwerke bei 30 bis 40 Jahren liegt, werden zudem Emissionsreduktionen nach 2020 deutlich erschwert - dies ist aber gefordert, wenn die EU bis 2050 ihre THG-Emissionen um 80 % reduzieren will. Darüber hinaus ist dieser Kraftwerksneubau nicht notwendig, wenn auf erneuerbare Energien in der Stromversorgung gesetzt wird. Zweitens sind mittlerweile Gaskraftwerke in Österreich im Ausmaß von 2.500 MW in den letzten Jahren fertig gestellt worden, in Bau oder in Planung. Mit der "Verschrottungsprämie" für alte Kohle- und Gaskraftwerke", wie in der Maßnahme vorgesehen, soll nun also nicht nur der alte Energiemix einzementiert werden, sondern auch noch die öffentliche Hand dafür bezahlen - für Projekte, die sich ohnehin bereits in Planung oder in Bau befinden. Statt einer Förderung für Kohle- und Gaskraftwerke, sollen Ausstiegspläne aus fossilen Energieträgern erstellt werden. Alle Kohlekraftwerke sollen bis 2020 gänzlich abgeschaltet werden.</i>			
34	Erhöhung der Sicherheit der Endenergieversorgung durch Elektrizität	21.09.2009	VEÖ	-
	<i>Die Maßnahme wird abgelehnt. Es wird darin explizit betont, dass es zu einer Stärkung des thermo-hydraulischen Verbunds kommen soll um die Versorgungssicherheit zu erhöhen. Gerade das Vertrauen auf nicht versiegende fossile Energieträger, die jedoch endlich und klimaschädlich sind, stellt eine Bedrohung für die Versorgungssicherheit dar. Im Maßnahmenvorschlag wird zudem gefordert, den thermo-hydraulischen Verbund in der Energiestrategie zu verankern. Der Aufbau eines modernen Energiesystems, das mit intelligenten Netzen eine Vielzahl dezentraler Stromproduzenten steuert, wird damit nur behindert. Die Fortschreibung eines antiquierten Energiesystems als Lösung für die zukünftige Energiepolitik ignoriert schlicht jegliche Anforderungen des Klimaschutzes.</i>			
13	Neuerrichtung der Thermal Gasoil Unit (TGU) und der SNOx-Rauchgasreinigungsanlage in der Raffinerie Schwechat und Bau der Bratislava-Schwechat-Pipeline	14.07.2009	OMV	
36	Entwicklung schwer erschließbarer Erdöl- und Erdgas-Lagerstätten, Anwendung vorhandener Technologien, Forschung und Entwicklung neuer verbesserter Verfahren zur Erdölausbringung (EOR "enhanced oil recovery") und Optimierung der Feldes-Infrastruktur	30.09.2009	RAG	-
	<i>Die Gewinnung von Erdöl und Erdgas in schwierigen geologischen Formen ist sehr kostenintensiv, Investitionen von 1,5 Mrd. Euro sind im Maßnahmenvorschlag vorgesehen. Diese Investitionen leisten keinen Beitrag zur CO2-Vermeidung, geschweige denn dem Umbau des Energiesystems. Sie stellen lediglich ein (teures) Festhalten am aktuellen Energiesystem dar.</i>			
35	Ausbau von hocheffizienten KWK-Anlagen durch vollständige Steuerbefreiung der Brennstoffinputs für hocheffiziente KWK-Anlagen	21.09.2009	VEÖ	-
	<i>Die Steuerbefreiung für fossilen Brennstoffinput wird abgelehnt. KWK wird bereits durch das KWK-Gesetz und die Gratis-Zertifikatezuteilung im europäischen Emissionshandel (ab 2013) begünstigt. Der Ausstieg aus dem fossilen Energiesystem kann nicht durch eine Steuerbefreiung für fossilen Brennstoff-Input eingeleitet werden - fossile Brennstoffe sollen stärker besteuert werden, nicht schwächer; Steuerbefreiung soll es nur für Einsatz von erneuerbaren Energietechnologien mit KWK geben.</i>			
21	Energieeffizienz durch Wärmenutzung aus Erzeugungsanlagen	13.07.2009	BMLFUW	+
	<i>Die Einbindung von wirtschaftlichen Großanlagen in regionale Wärmekonzepte und gleichzeitig die Anforderung von Klima- und Energiekonzepten bereits bei der UVP, ist sinnvoll, um vom Unternehmenssektor, wo große Effizienzgewinne möglich sind, einen Beitrag zu den Klimaschutzbestrebungen einzufordern.</i>			
25	Keine Kraftwerke ohne KWK	16.07.2009	Greenpeace	+
	<i>Die Forderung wird unterstützt. Fossile Kraftwerke sollen - wenn überhaupt - nur noch wärmegeführt errichtet werden.</i>			
17	Förderung und Risikoabsicherung von Geothermieprojekten zur Beheizung und Warmwasserbereitung für Haushalte und Gewerbe	10.07.2009	FGW	+
	<i>Geothermie hat vor allem bei der Wärmebereitstellung großes Potenzial in Österreich. Dies sollte in Ergänzung zu anderen Formen erneuerbarer Wärmeerzeugung in Zukunft besser genutzt werden.</i>			
30	Geothermische Wärme und Stromerzeugung	01.09.2009	RAG	+
	<i>siehe Maßnahme 17</i>			
31	Regionale Energieplanung zur effizienten Nutzung von (Ab) Wärme durch Festlegung von Fern- und Nahwärme (kälte)-versorgungsgebieten in regionalen Energiekonzepten	15.09.2009	Senk, Wallisch	+/-
	<i>Die Maßnahme wird grundsätzlich positiv bewertet. Die Festlegung von regionalen Nah- und Fernwärmegebieten soll aber nicht dazu führen, dass andere (unterstützende) Heizsysteme wie Solarthermie von der Förderung ausgeschlossen werden.</i>			
32	Strukturierte Vorbereitung des politischen Entscheidungsprozesses zur Beurteilung des Einsatzes von CCS in Österreich	02.10.2009	IV	-

<p>CCS wird als Klimaschutzmaßnahme - insbesondere in Österreich - abgelehnt. Die Technologie ist teuer, unsicher, nicht ausgereift und vermindert den Wirkungsgrad der Anlagen beträchtlich. Österreich kann innerhalb von 10-15 Jahren zu 100 % mit Ökostrom versorgt werden, Kohlekraftwerke sollen schon bald der Vergangenheit angehören. Damit entfällt die Notwendigkeit in Österreich Jahrhunderte oder Jahrtausende CO2 einzulagern. Staatliche Förderungen für CCS sollen deshalb nicht gewährt werden, Importe von CO2 zur Einlagerung werden abgelehnt. Stattdessen soll ein Ausstiegsplan aus Kohlekraftwerken erarbeitet werden.</p>
--

AG 4	Netze
------	-------

ID	Titel	Version	Einreicher	Bewertung
33	Etablierung von intelligenten Netzen - Smart Grids in Österreich	10.10.2009	Siemens	+
	<i>Smart Grids stellen die Voraussetzung für die Einspeisung einer großen Anzahl dezentraler erneuerbaren Ökostromanlagen dar. Um das Ziel einer 100%igen Ökostromversorgung in Österreich zu erreichen, ist es notwendig, diese Strukturen aufzubauen.</i>			
34	Rahmenbedingungen für Verbrauchs-, Erzeuger und Speicheranagement für Smart Grids und Smart Metering	10.10.2009	Sub AG SG SM	+
	<i>siehe Maßnahme 33</i>			
35	Flächendeckende Einführung von Smart Metering	10.10.2009	Sub AG SG SM	+
	<i>siehe Maßnahme 33</i>			
36	Synergien in der Energie- und Umweltstatistik nutzen		WKÖ, UBA	+
37	Ausbau der österreichischen Übertragungs- und Verteilnetze	10.10.2009	VEÖ, WES, APG,	+/-
	<i>Der Ausbau von erneuerbaren Energieträgern und europäische Netzanbindung erfordern einen Ausbau der österreichischen Netze. Allerdings soll dies ohne Umweltbeeinträchtigungen geschehen, dezentralen Lösungen in Verbrauchernähe ist der Vorzug vor zentraler Versorgung mit weiten Transportstrecken und hohen Netzverlusten zu geben.</i>			
9	Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen zur Beschleunigung und Erleichterung von Infrastrukturvorhaben	20.07.2009	WKÖ	-
	<i>Die Aushöhlung der UVP, zB durch die Festlegung von öffentlichem Interesse an der Energieversorgung, wird vom Umweltdachverband strikt abgelehnt. Zu diesem Thema hat der Umweltdachverband umfangreiche Stellungnahmen ausgearbeitet, auf die an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden kann.</i>			
38	Verursachergerechte Netztarifstruktur	10.10.2009	BEWAG	+/-
	<i>Die Finanzierung der Netze soll auch in Zukunft gesichert werden. Allerdings darf dadurch kein Nachteil für erneuerbare Energieträger entstehen, die nach dem ÖSG gefördert werden - sie bekommen fixe Einspeisetarife und können zusätzliche Kosten nicht weitergeben.</i>			
16	Sicherung von Investitionsanreizen	20.07.2009	BEWAG	+
	<i>Die Aufrüstung der Netze, um den Anforderungen eines Ökostromausbau gewachsen zu sein, bedeutet auch zusätzliche Investitionen. Diese müssen vom Regulator auch anerkannt werden.</i>			
8	Unterstützung von Pipelineprojekten zur Diversifikation von Erdgasquellen	20.07.2009	OMV	-
	<i>Im Maßnahmenvorschlag wird, ohne sie zu nennen, von der geplanten Nabucco-Pipeline gesprochen. Der Umweltdachverband hält Investitionen in die Gasinfrastruktur nicht für zielführend, sondern strebt einen Ausstieg aus fossilen Energieträgern an. Auch die üblichen staatlichen Garantien und Förderungen sollen nicht gewährt werden, solange nicht feststeht, woher das Gas für die Pipeline kommen soll. Das Ausfallsrisiko der Investition ist unter diesen Umständen zu hoch.</i>			
19	Ermöglichung der Flussumkehr in den Erdgastransitsystemen durch Anerkennung von Kosten in den Netzтарifen	20.07.2009	OMV	
20	Ausbau der Erdgasspeicher	21.07.2009	OMV	
7	Senkung des Energieverbrauches und Steigerung der Energieeffizienz beim Gastransport	19.11.2009	UBA	+
	<i>Bei Verdichterstationen der Gaspipelines ist noch großes Effizienzpotenzial bei der Umstellung von Gas- auf Elektroverdichter vorhanden. Allerdings sollten hier nur Maßnahmen unter Berücksichtigung der Versorgungssicherheit getroffen werden, da bei einem Stromausfall, sonst auch die Unterbrechung der Gasversorgung drohen würde.</i>			

AG 5	Gebäude
------	---------

ID	Titel	Version	Einreicher	Bewertung
85	Vereinbarung nach Artikel 15a neu Gebäude und Klimaschutz	07.10.2009	BMLFUW	+/-
	<i>Es wird begrüßt, dass die 15a-Vereinbarung weiter verbessert werden soll. Leider ist im Maßnahmenvorschlag kein einziger konkreter Ansatzpunkt erwähnt. Es besteht Konkretisierungsbedarf: Im Neubau soll der Passivhausstandard ab 2012 eingeführt werden, fossile Energiesysteme sollen nicht mehr gefördert werden, bei Generalsanierungen soll der Einsatz eines Anteils erneuerbarer Wärme verpflichtend vorgesehen werden, die Anreize für Generalsanierungen sollen insgesamt mit einem progressiven Fördersystem verstärkt werden, ökologische Kriterien bei den verwendeten Bau- und Dämmstoffen verstärkt Eingang in die Wohnbauförderung finden, zusätzlich sollen verkehrspolitische Überlegungen Eingang finden. So soll die Anbindung an öffentliche Verkehrsträger Einfluss auf die Höhe der Förderung haben..</i>			
79	Biomasse für Einzelhauswärme		ÖBMV	+
	<i>Im Wärmebereich bietet der Einsatz von Biomasse eine gute Alternative zu Öl- und Gasheizungen. Im Vorschlag wird eine Bundesförderung im Ausmaß von 20 % der Investitionskosten, ein erneuerbares Wärmegesetz und die Einhebung eines Klimaschutzbeitrages auf Öl- und Gasheizungen eingefordert.</i>			
90	Maßnahmen für einen forcierten Einsatz von Solarthermie und Wärmepumpen in Gebäuden und Betrieben	09.10.2009	AEE INTEC, Verband Austria Solar, Bundesverb. Wärmepumpe Austria	+/-
	<i>Der Einsatz von Wärmepumpen wird als effiziente Technologie befürwortet. Allerdings ist zusätzlich darauf zu achten, dass die CO2-Einsparung bei Verwendung eines fossilen Strommixes reduziert wird und auf den energetischen Standard der Gebäudehülle zu achten ist, da bei thermisch nicht sanierten Gebäuden der Stromverbrauch von Wärmepumpen sehr hoch ist und (siehe Stellungnahme Biomasseverband) dann kaum CO2-Einsparungen gegenüber herkömmlichen Gas-Heizsystemen erreicht werden können.</i>			
47	Wärmepumpen mit erneuerbarem Strom	20.07.2009	ÖBMV	+
	<i>siehe Maßnahme 90</i>			
15	Kesseltausch von konventioneller Verbrennungstechnologie auf Brennwerttechnologie	06.10.2009	OMV, FGW, FVMI, FVEH	-
	<i>Gerade im Raumwärmebedarf gibt es mit thermischer Sanierung und erneuerbaren Heizsystemen eine Vielzahl von Möglichkeiten, aus fossilen Energieträgern auszusteigen. Der Umstieg von alten auf neue Öl und Gas-Heizungen ist daher der völlig falsche Weg und darf nicht zusätzlich mit Steuermitteln gefördert werden.</i>			
89	Änderung der wohnrechtlichen Rahmenbedingungen	17.10.2009	BMLFUW	+
	<i>Im Bereich der thermischen Sanierung ist hinsichtlich der mietrechtlichen Bedingungen noch Verbesserungsbedarf gegeben, dies betrifft zB Erleichterungen im Entscheidungsprozess bei</i>			
88	Thermische Sanierung - Sanierungsscheck	06.10.2009		+
	<i>Die Förderung von thermischen Sanierungen durch eine Bundesförderung wird begrüßt, auf hohe energetische Standards ist allerdings Augenmerk zu legen.</i>			
12	Schaffung von steuerlichen Anreizsystemen für die Sanierung	12.07.2009	Jilek (Stmk.)	+
	<i>Die steuerliche Begünstigung von Sanierungsmaßnahmen wird befürwortet. Überlegenswert ist auch die Begünstigung auf Eigenleistungen auszuweiten (zB eindeutig zuordenbare Rechnungen von Baumärkten).</i>			
70	Energieeinsparcontracting	30.08.2009	BIG	+/-
	<i>Energie-Einsparcontracting wird als innovatives Finanzierungsinstrument erachtet. Das Angebot besteht bereits, es muss nicht im Rahmen einer Maßnahme der Energiestrategie geschaffen werden. Im Rahmen der Energiestrategie wäre es aber wichtig Vergabekriterien festzulegen, um die CO2-Einsparung zu maximieren. Dies bedeutet: Mindestanforderungen an die thermische Sanierung sind festzulegen, ein Mindestanteil an erneuerbarer Wärme bei Sanierung soll vorgesehen werden und die Verwendung von ökologischen Bau- und Dämmstoffen gefordert.</i>			
86	Verbesserung Energieausweis	02.10.2009	AEA	+
	<i>Die bisherigen Erfahrungen mit dem Energieausweis haben auch Defizite aufgezeigt. So ist es zB erforderlich, Berechnungsmethoden zu verbessern.</i>			
87	Optimierung durch Qualitätssicherungsmaßnahmen von der Planung bis zur Übergabe - Implementierung von Qualitätskriterien	22.09.2009	AEA	+
	<i>Durch die Qualitätssicherung in der Planungsphase von Gebäuden soll gewährleistet werden, dass während der Nutzung ein besonders niedriger Energieverbrauch zu verbuchen ist.</i>			

Wichtige Maßnahmen, die in die AG Gebäude eingebracht wurden, sind nicht in die engere Auswahl gekommen				
42	Wärmegesetz	20.07.2009	ÖBMV	+
<i>Der Vorschlag sieht vor, dass bei allen neuen Gebäuden mindestens 20 % der Wärme aus erneuerbaren Energien gedeckt werden muss.</i>				
23	Neubau-Bauordnung und Wohnbauförderung	13.07.2009	IG Passivhaus	+
<i>Der Vorschlag sieht höhere Energieeffizienzstandards im Neubau vor und zeigt mittels progressiverer Tarifgestaltung auf, wie bei gleichbleibendem Mitteleinsatz höhere Energieeinsparungen möglich werden.</i>				
48	Klimaschutzbeitrag im Wärmesektor	21.07.2009	ÖBMV	+
<i>Wer fossile Heizsysteme installiert, soll einen einmaligen Klimaschutzbeitrag leisten, der sich nach der Höhe des CO₂-Ausstoßes des verwendeten Heizsystems berechnet.</i>				
38	Verpflichtende Solarthermie auf Neubauten	07.07.2009	NÖ-Landesregierung	+
<i>In der Bauordnung und der Wohnbauförderung soll der verpflichtende Einsatz von Solarthermie zur Warmwasseraufbereitung bei Neubauten vorgesehen werden.</i>				
76	Sanierungspflicht bei Energiegrenzwert-Überschreitung	31.08.2009	IG Passivhaus	+
<i>Gebäude, die besonders schlechte Energieeffizienzwerte aufweisen, sollen gesetzlich zu einer Sanierung verpflichtet werden.</i>				
21	Altbausanierung - Bauordnung und Wohnbauförderung	13.07.2009	IG Passivhaus	+
<i>Der Vorschlag zielt auf die Erhöhung der Standards in der Bauordnung und der Wohnbauförderung ab. Gleichzeitig kann durch bessere Staffelung und progressive Tarifgestaltung eine effizientere Mittelverwendung gewährleistet werden.</i>				

AG 6 Haushalte und Betriebe

ID	Titel	Version	Einreicher	Bewertung
34	Staatliche Förderung für ausgewählte höchsteffiziente Haushaltsgeräte auf Basis der EUP-Vorgaben	13.10.2009	FEEI, BMWFJ, Bundesgremium des Radio- und Elektrohandels BMLFUW, ÖÖ Energiesparverband	+
<i>Staatliche Förderungen für energieeffiziente Geräte sollen dazu führen, dass sich die Marktdurchdringung beschleunigt. Parallel dazu sollten Abreizsysteme für ineffiziente Geräte eingeführt werden.</i>				
35	Cluster Energieeffizienz in Gewerbe und Produktion	13.10.2009	AEA, FEEI, Klimabündnis, Philips, Siemens, WKO, WWF	+/-
<i>Grundsätzlich ist die Einrichtung eines Effizienz-Clusters sinnvoll. Allerdings soll die Anlagenerneuerungsrate, wie im Maßnahmenvorschlag vorgesehen, nicht ohne Berücksichtigung der LCC (Life Cycle Costs) erhöht werden, da auch bei der Produktion von Anlagen große Mengen Energie verbraucht werden und nicht nur im Betrieb. Gleichzeitig wird in der Maßnahme die Einflussnahme durch den Effizienzcluster auf Labellingvorschriften in der EU vorgesehen. Dies ist nur insofern wünschenswert als damit auch tatsächlich der Informationsgehalt erhöht wird und eine dynamische Anpassung des Labellings an den Stand der Technik angestrebt wird. Aktuelle "Lösungen" wie die Einführung einer A+ und A++ Klasse führen zu Desinformation der Kunden.</i>				
11	O-Norm Total Cost of Ownership (TCO) - Ersatz des Anschaffungspreises (als Zuschlagskriterium) durch TCO	24.09.2009	FEEI	+
<i>Die Einführung von TCO (Total Cost Ownership) wird als wichtiger Beitrag zur Herstellung von Kostenwahrheit angesehen und sollte flächendeckend und in allen Bereichen der öffentlichen Beschaffung als Entscheidungsgrundlage dienen.</i>				
4	Marktentwicklung für energieeffiziente zentrale IT-Hardware und Infrastruktur	13.10.2009	AEA, Fujitsu, Telekom Austria, WWF	+
<i>Der IT-Bereich ist eine stark wachsende Branche. Bis 2011 wird sich der Energiebedarf gegenüber 2007 verdoppeln. Bis 2020 wird von einer weiteren Verdopplung ausgegangen, wenn nicht entsprechend gegengesteuert wird - Effizienzsteigerungen um bis zu 60 % sind möglich.</i>				
37	Förderung des Einsatzes von IKT-Lösungen zur CO₂-Reduktion	13.10.2009	Telekom Austria, WWF, AEA	+
<i>IT-Lösungen können auch zu CO₂-Einsparungen führen. Videokonferenzen können zB CO₂-Emissionen im Verkehr einsparen.</i>				
12	Energieberatung für Haushalte und KMU	13.10.2009	WKÖ, FEEI, AK, VEÖ, EVN	+/-
<i>Eine Energieberatungsinitiative wird begrüßt, allerdings soll die öffentliche Hand nur die Kosten für die Haushalte decken; die Kosten für die Beratung der Mitglieder der WKO soll diese selbst tragen.</i>				

36	Bewusstseinsbildung "Energie für Österreich"	31.08.2009	FEEI, WKÖ, Erdgasmobil, u.a.	+/-
<i>Bewusstseinsbildung über energierelevante Themenstellungen ist grundsätzlich positiv anzusehen. Allerdings soll das Instrument nicht wie vorgesehen dazu dienen, positive Stimmung für die Energiestrategie zu erzeugen, sondern Bewußtsein bei der Bevölkerung für die Notwendigkeit der Umstellung des Energiesystems wecken. Bei Erstellung der Maßnahme war immerhin noch nicht bekannt, wie die Strategie aussehen wird.</i>				
23	Das Haus als Kraftwerk	24.09.2009	Klimabündnis	+
<i>Investitionszuschüsse soll es in Zukunft für alle Ökostrom-Kleinanlagen (unter 5 KW) zur Selbstversorgung der Haushalte mit Strom geben.</i>				

AG 7 Energieintensive Unternehmen

ID	Titel	Version	Einreicher	Bewertung
5	Einführung von Energiemanagementsystemen	16.07.2009	VOEST-Alpine	-
<i>Die Einführung von Energiemanagementsystemen wird begrüßt, sie sollen aber verpflichtend für alle großen und mittleren Unternehmen eingeführt werden und nicht, wie hier vorgeschlagen, durch öffentliche Anreizsysteme mittels Steuergeldern finanziert werden. Energieeinsparungen führen in der Folge auch zu Nutzen für die Unternehmen hinsichtlich Wettbewerbsfähigkeit und Kosteneinsparungen. Es besteht keine Notwendigkeit ein Fördersystem mit Steuergeldern einzurichten.</i>				
3	Informations- Beratungs- sowie Planungs- und Umsetzungspaket zur forcierten Nutzung betrieblicher Abwärme- und Abwasserwärmepotenziale durch bspw. effiziente Großwärmepumpen	08.10.2009	BVW, VEÖ, WKO	-
<i>Grundsätzlich wird eine Beratungsinitiative für Wärmepumpen im betrieblichen Bereich positiv gesehen. Allerdings sollte eine Beratungsinitiative der WKÖ für ihre Mitglieder auch von der WKÖ finanziert werden und nicht aus dem allgemeinen Steuertopf.</i>				
11	Einsatz standardisierter Biomassereststoffe in Industriellen Energieanlagen	30.07.2009	Windsperger (NÖ)	+
<i>Mit dem Einsatz von standardisierten Biomassereststoffen in industriellen Energieanlagen, können fossile Energieträger ersetzt werden.</i>				

AG 8 Mobilität

ID	Titel	Version	Einreicher	Bewertung
65	Forcierung der Förderung der breiten Anwendung alternativer und energieeffizienter Fahrzeuge und Antriebskonzepte (E-85, Brennstoffzelle, Biogas, Biodiesel, Bioethanol, Wasserstoff, Hybridkonzepte, etc.)	12.08.2009	BMLFUW	+/-
<i>Die Einführung von alternativen Antriebssystemen ist grundsätzlich positiv zu bewerten, allerdings sollte in einem sinnvollen Vorschlag die Elektromobilität nicht fehlen, da Biotreibstoffe mit zahlreichen Problemen behaftet sind und quantitativ - auch langfristig - keine Lösung für den MIV bieten können.</i>				
18	Förderung 1. erdgasbetriebener, 2. elektrisch betriebener, 3. regenerativ betriebener Fahrzeuge	07.10.2009	WKÖ	-
<i>Die Förderung von Elektrofahrzeugen wird begrüßt, für Biokraftstoffe gibt es mit der Steuerbegünstigung bereits Förderungen, Erdgasfahrzeuge sollen - da CO2-Emittenten - nicht gefördert werden.</i>				
10	Kraftstoffpfade bis 2020, zeitlich und sektoral aufgelöst	16.07.2009	OMV	+/-
<i>Grundsätzlich wird die Ermittlung von Kraftstoffpfaden, die den Ausstieg aus fossilen Energieträgern zum Ziel haben, begrüßt. Diese Maßnahme ist aber noch zu konkretisieren, da sie derzeit nur aus dem Titel besteht.</i>				
15	Einführung von Elektromobilität, 5 % Elektrofahrzeuge bis 2020	10.10.2009	BMVIT, Verbund, magna, ÖAMTC	+/-
<i>Grundsätzlich wird die Einführung von Elektrofahrzeugen begrüßt. Anreizsysteme dafür sollen auch geschaffen werden. Das Ziel von 5 % bis 2020 ist aber sehr niedrig gesteckt. In einem Vorgängerentwurf der Maßnahme wird ein Ziel von 10 % E-Mobilität bis 2020 angestrebt. Ambitionierte Zielsetzungen sollten sich zumindest an 20 % E-Mobilität im Jahr 2020 orientieren.</i>				
96	Ausbau regionaler öffentlicher Schnellverkehrssysteme, unter anderem Netzerweiterung von Straßenbahnen	06.10.2009		+

	<i>Im Umland von Städten dominiert nach wie vor der motorisierte Individualverkehr. Durch den Ausbau von Schnellverkehrssystemen ins Umland, insbesondere durch Straßenbahnen soll eine Verkehrsverlagerung hin zum öffentlichen Verkehr stattfinden.</i>		
44	Integrierter Taktfahrplan für Österreich	13.08.2009	AK, VCÖ, +
	<i>Um eine kundenfreundliche Vernetzung des öffentlichen Verkehrs zu erreichen, ist die Integration aller VerkehrsteilnehmerInnen in einen integrierten Taktfahrplan anzustreben</i>		
48	Erhöhung und Ökologisierung des Pendlerpauschales	13.08.2009	AK, VCÖ, +
	<i>Durch eine Ökologisierung der Pendlerpauschale soll öffentlicher Verkehr gegenüber dem motorisierten Individualverkehr begünstigt werden.</i>		
77	Schaffung von Anreizen zur Verstärkung der ÖV-Nutzung (z.B. berufliche Nutzung von ÖV Fahrausweisen) und Abbau bestehender Hemmnisse Jobticket	12.08.2009	BMLFUW +/-
	<i>Die Maßnahme wird grundsätzlich begrüßt, ist aber noch zu konkretisieren, da sie derzeit nur aus dem Titel besteht.</i>		
83	Ausbau des kombinierten Verkehrs	12.08.2009	BMLFUW +
	<i>Der Ausbau des kombinierten Güterverkehrs wird begrüßt, da der Verkehr eines der Hauptprobleme der Klimapolitik ist und sich wesentliche CO2-Einsparungen realisieren lassen, wenn der Güterverkehr auf der Straße minimiert wird.</i>		
36	Schaffung österreichischer Richtlinien für umweltfreundliche Baustellenabwicklung	21.07.2009	ÖBB, Korab +
70	Breite Ausweitung der klima:aktiv mobil Mobilitätsmanagementprogramme/Betriebe & öffentliche Verwaltungen; Bauträger, Immobilienentwickler und Investoren; Schulen und Jugend; Städte, Gemeinden & Regionen; Freizeit & Tourismus	12.08.2009	BMLFUW +
	<i>Die Ausweitung von Programmen, die Betriebe und öffentliche Verwaltungen bei der umweltfreundlichen Planung der betrieblichen Mobilität helfen, wird befürwortet.</i>		
72	Forcierung von intermodaler Mobilität	12.08.2009	BMLFUW +
	<i>Die Forcierung von intermodaler Mobilität, wie zB Bahn/Rad, Park&Ride-Systeme, Carsharing, etc., kann einen wichtigen Beitrag zu einer zukunftsfähigen Mobilität leisten.</i>		
78	Umsetzung des Masterplans Radfahren	12.08.2009	BMLFUW +
	<i>Das Fahrrad ist das umweltfreundlichste Verkehrsmittel. Gerade in urbanen Gebieten gibt es großes Potenzial, das gehoben werden sollte, um eine Verkehrsverlagerung weg vom motorisierten Individualverkehr zu erreichen.</i>		
57	Erstellung eines Bundesmobilitätskonzeptes	13.08.2009	Madreiter, MA18 +
	<i>In Österreich gibt es nach wie vor keine Mobilitätsstrategie, die Klimaschutz zum Ziel hat. Das, obwohl der Verkehr eines der Hauptprobleme der Klimapolitik ist.</i>		
98	Neuorientierung der Verkehrs- und Raumplanungskonzepte von Bund, Ländern und Gemeinden durch Verankerung von Energieeffizienz und Klimaschutzziele.	29.09.2009	Madreiter, MA18 +
	<i>Mangelnde Raumordnungspolitik und Zersiedelung führen zu "erzwungener" Mobilität. Mobilität soll in Zukunft einen größeren Stellenwert in der Raumordnungspolitik erhalten.</i>		
97	Neuordnung der Rahmenbedingungen für den ruhenden Verkehr	06.10.2009	+ +
64	Einführung von flächendeckenden Tempolimits (30/50/80/100) und verstärkter Tempoüberwachung	12.08.2009	BMLFUW +
	<i>Die Einführung von niedrigeren Tempolimits kann einen ergänzenden Beitrag zu einer klimaverträglichen Mobilität leisten. Im Vorschlag wird angeführt, dass damit ca. 400.000 Tonnen CO2 eingespart werden könnten.</i>		
43	Effektive Kontrolle der erlaubten Höchstgeschwindigkeiten	13.08.2009	AK +
94	Ökologisierung der fahrleistungsabhängigen Besteuerung	08.10.2009	+ +
	<i>siehe AG9 Maßnahmen</i>		
95	Ökologisierung der kraftfahrbezogenen Steuern	08.10.2009	+ +
	<i>siehe AG9 Maßnahmen</i>		

AG 9 Anreiz, Steuern, Ordnungspolitik, Finanzierung, F & E

ID	Titel	Version	Einreicher	Bewertung
1	Umweltförderung im Inland <i>siehe Maßnahme (AG6 Haushalte und Betriebe, M34)</i>	16.07.2009	WKÖ	+
2	Strategische Lenkungsmaßnahmen - steuerliche und ordnungspolitische Vorschläge	29.08.2009	ÖBMV	+
	<i>Neben ordnungspolitischen Maßnahmen und Förderungen müssen auch fiskalpolitische Maßnahmen getroffen werden. Die Einführung einer Kohlendioxidsteuer stellt hierbei eine gute Möglichkeit dar, den Non-ETS-Sektor zu besteuern.</i>			
3	Evaluierung der geltenden "Förderentgelte-Regelung"	07.10.2009	LKÖ, UWD, ÖSF	+
	<i>Mit der Förderzinsverordnung 2006 wurde eine Begünstigung für die Mineralölwirtschaft festgeschrieben, die dem Staat jährlich einen Einnahmehausfall von rund 40 Mio. Euro beschert. Eine Neuregelung der geltenden Förderzinsregelung ist deshalb anzustreben.</i>			
4	Kohlendioxidsteuer mit Ausgleichsmechanismen	07.10.2009	UWD, ÖSF, ÖBMV, Pro Pellets, Austriasolar	+
	<i>Neben ordnungspolitischen Maßnahmen und Förderungen müssen auch fiskalpolitische Maßnahmen getroffen werden, die Einführung einer Kohlendioxidsteuer stellt hierbei eine gute Möglichkeit dar den Non-ETS-Sektor zu besteuern. (wie Maßnahme 2)</i>			
5	Ressourcenabgabe	16.10.2009	ÖBMV	+
	<i>in Maßnahme 2 enthalten.</i>			
6	Klimaschutzbeitrag im Wärmesektor	16.10.2009	ÖBMV	+
	<i>Öl- und Gaskessel sind in der Anschaffung billiger als Heizsysteme auf erneuerbarer Energiebasis. Bei der Nutzung entstehen jedoch hohe externe Kosten. Deshalb soll ein einmaliger Klimaschutzbeitrag für die Installation von fossilen Heizsystemen eingeführt werden, der diese Kosten internalisiert und damit einen Beitrag zur Herstellung von Kostenwahrheit leistet.</i>			
7	Ökologisierung der fahrleistungsabhängigen Besteuerung	08.10.2009		+
	<i>Mit einer fahrleistungsabhängigen Besteuerung kann im Gegensatz zur Autobahn-Vignette, die nur einmalig Kosten verursacht, ein langfristiger Lenkungseffekt erzielt werden.</i>			
8	Ökologisierung der kraftfahrzeugsbezogenen Steuern	08.10.2009		+
	<i>Die Ökologisierung von kraftfahrzeugsbezogenen Steuern wird als sinnvoll erachtet, um alternative Antriebe und umweltverträgliche Mobilitätsformen zu fördern.</i>			
9	Austrian Carbon Trust (ACT)	15.07.2009	IV	-
	<i>Das Ziel der Maßnahme ist es, eine Rückholaktion für die Gelder zu starten, die von der Industrie für den CO2-Zertifikateverkauf aufgewendet werden müssen. Der Zertifikatehandel wurde eingeführt, damit dort Investitionen in Emissionsreduktionen getätigt werden, wo diese am kostengünstigsten durchzuführen sind. Der CO2-Preis soll ausreichend Anreiz für die Industrie geben, in CO2-arme Technologien zu investieren. Eine staatliche Förderung ist also nicht notwendig um die CO2-Emissionen der Industrie zu verringern und wird keinen zusätzlichen Lenkungseffekt mit sich bringen. Erlöse aus der CO2-Versteigerung sollen deshalb in Zukunftsinvestitionen getätigt werden, die ohne Förderung (noch) nicht konkurrenzfähig sind.</i>			
10+11	Domestic Offset Projects	31.08.2009	AK, WKÖ	-
	<i>Der Umweltdachverband lehnt DOPs (Domestic Offset Projects) als Klimaschutzmaßnahme ab. Der AK-Vorschlag und der WKÖ-Vorschlag unterscheiden sich jedoch: Der AK-Vorschlag führt zu einer Verwässerung des ETS-Systems und hohen Kosten für die öffentliche Hand, der WKÖ-Vorschlag zielt zwar nicht auf den ETS-Sektor ab, führt aber zu einer hohen Kostenbelastung für den Staat: Im WKÖ-Vorschlag soll der Staat für CO2-Reduktionen des Gewerbes bezahlen. Mit dem AK-Vorschlag soll es zusätzlich möglich werden Emissionsreduktionen aus dem Non-ETS-Sektor in den ETS-Sektor zu transferieren. Dies ist bereits in der Konzeption widersinnig, da eine klimawirksame Funktionsweise des ETS-Systems nur dann gewährleistet ist, wenn sich der Marktpreis ohne externe Eingriffe bilden kann. Bereits jetzt sind die Möglichkeiten, Emissionsreduktionen außerhalb des Systems anzurechnen, viel zu großzügig gestaltet, um einen CO2-Preis in sinnvoller Höhe zu erhalten. Die Ausdehnung der Anrechnung von Emissionsreduktionen aus dem Non-ETS-Sektors wirkt sich zusätzlich preisdämpfend auf den CO2-Preis aus. Fortsetzung nächste Seite.</i>			
Forts.	<i>Jeder externe Zufluss von (billigeren) Zertifikaten bedeutet aber eine künstliche Verringerung des CO2-Preises und steht im Widerspruch zur Marktlogik, mit der das ETS-System begründet wurde. Weiters ist darauf hinzuweisen, dass der Non-ETS-Sektor der Industrie in Österreich die höchste Kyoto-Zielverfehlung aufweist. Es ist demnach höchst zweifelhaft, ob von dieser Seite überschießende Emissionsreduktionen zu erwarten sind. Sollten jedoch tatsächlich höhere Emissionsreduktionen in einem Sektor erzielt werden, dürfen diese nicht automatisch von einem anderen Sektor "aufgefressen" werden. Die Klimaprognosen zeigen eindrucksvoll, dass die Gefahr nicht davon ausgeht, zu viel zu reduzieren.</i>			

12	Einführung Border Tax Adjustments	16.07.2009	Greenpeace	+
	<i>Österreich ist im Bereich Technologieentwicklung bei biogenen Ressourcen weltweit im Spitzenfeld, diese Position sollte durch zusätzliche Forschungsinitiativen ausgebaut werden.</i>			
13	Weiterentwicklung des ÖSG	17.07.2009	BMLFUW	+
	<i>Das Ökostromgesetz ist eine der Dauerbaustellen der österreichischen Energiepolitik. Für ein funktionierendes ÖSG braucht es aber nur ein paar einfache Schritte: Einspeisetarife auf EuropaNiveau, ausreichend lange Tariffaufzeiten und die Aufhebung des Förderdeckels.</i>			
14	Neues ÖSG für alle erneuerbaren Technologien	31.08.2009	VEÖ	-
	<i>siehe AG1, M63</i>			
15	Fördersystem für erneuerbare Energien, in dem die Fördermittel entsprechend einer ökonomischen Priorisierung gelenkt werden	31.08.2009	VEÖ	-
	<i>siehe AG1, M63</i>			
16	Änderung des Wohnrechts hinsichtlich Erleichterung der Sanierung	07.10.2009	BMLFUW	+
	<i>siehe AG5; M89</i>			
17	FTI-Programm "Bio-based Industry"	07.10.2009	BMLFUW	+
	<i>Österreich ist im Bereich Technologieentwicklung bei biogenen Ressourcen weltweit im Spitzenfeld, diese Position sollte durch zusätzliche Forschungsinitiativen ausgebaut werden.</i>			
18	Implementierung von Bioraffineriekonzepten in der Papier- und Zellstoffindustrie	31.08.2009	Austropapier	+
	<i>Bioraffineriekonzepte werden als sinnvoll eingestuft, weil bei der Produktion anfallende Nebenprodukte einer Verwertung zugeführt werden.</i>			
19	FTI-Programm "Intelligente Energiesysteme"	16.07.2009	FEEI	+
	<i>Die Forschungsaktivitäten im Bereich Energieeffizienz sollen nach Ansicht des Umweltdachverbandes ausgedehnt werden.</i>			
20	Schließen der Technikerlücke	21.07.2009	ÖGUT	+
21	FTI-Programm "Netto-Nullenergie-Gebäude und Siedlungsstrukturen"	15.07.2009	ÖGUT	+
	<i>Die Maßnahme beinhaltet die wichtige Forderung, dass nicht nur auf Energieeffizienz punkto Gebäuden Wert gelegt werden muss, sondern auch die Siedlungsstrukturen einer umfassenden energetischen Bewertung unterzogen werden sollen.</i>			
	Wasserkraftnutzungsbeitrag für bestehende Anlagen		Umweltdachverband	+
	<i>Mit dieser Maßnahme sollen Mittel für die Finanzierung der Energiewende lukriert werden. Bestehende Wasserkraftwerke sollen eine Abgabe auf die Nutzung der Ressource Wasser entrichten.</i>			
	Evaluierung der Förderlandschaft		Umweltdachverband	+
	<i>Klimaschädliche Subventionen und Förderungen mindern die Wirkung der Klimapolitik und verteuern Maßnahmen zum Klimaschutz. Eine Evaluierung der aktuellen Förderpolitik auf Klimaschädlichkeit, Wirtschaftlichkeit und Effizienz soll einen Impuls bieten, um die Förderstrukturen zu verbessern.</i>			
	Energieeffizienzgesetz		AK	+/-
	<i>Grundsätzlich begrüßt der Umweltdachverband jegliche Initiative, um die Energieeffizienz zu erhöhen. Die Einrichtung eines Marktes für Energieeffizienzmaßnahmen, der von den Energieversorgungsunternehmen eingerichtet wird, wird aber aus folgenden Gründen als nicht sinnvoll erachtet: 1. Die Einrichtung eines Marktes für Energieeffizienzmaßnahmen erfordert einen hohen bürokratischen Aufwand. 2. Ein Markt braucht Nachfrager - darzustellen ist, wer bei diesem Vorschlag Nachfrager sein kann. 3. Wenn Effizienzmaßnahmen, wie Gebäudesanierung (die über andere Förderschienen besser realisiert werden), über diesen Markt "erworben" werden können, ist darzustellen, welchen zusätzlichen Effekt dieses Gesetz bietet. 4. Die Verflechtung mit DOPs (Domestic Offset Projects) ist fragwürdig und zu spezifizieren. Aus diesen Gründen befürchtet der Umweltdachverband, dass die Maßnahme keinen zusätzlichen Impuls für Energieeffizienzmaßnahmen gibt, sondern lediglich bestehende Maßnahmen "auflistet". Besser wäre eine Herstellerverpflichtung unter Verwendung des Top-Runner-Prinzips (dynamische Anpassung an den Stand der Technik). Letzteres wird in Japan bereits erfolgreich angewendet.</i>			